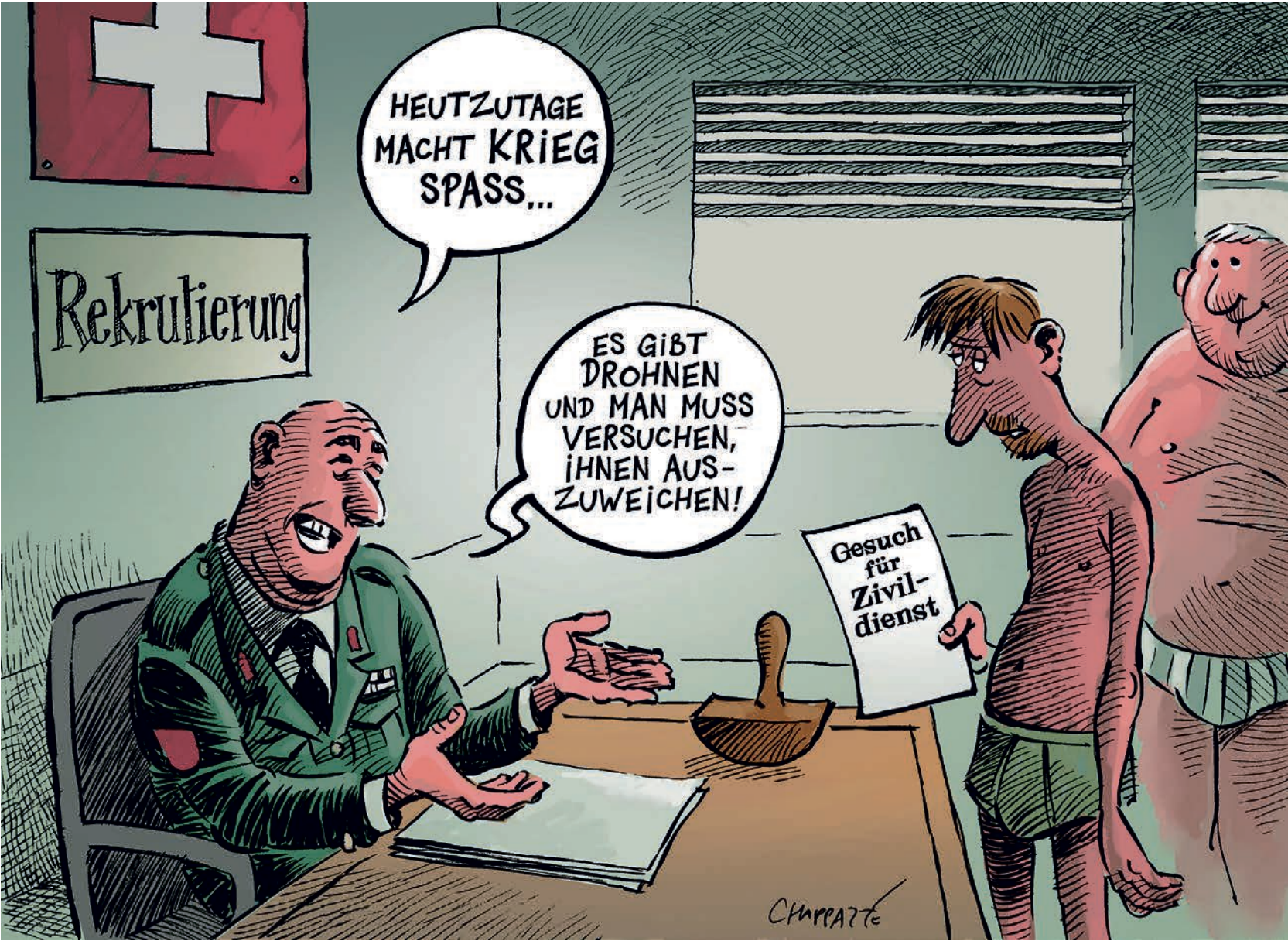




CHAPPATTE

DER EXTERNE STANDPUNKT

Die Personenfreizügigkeit gefährdet das Erfolgsmodell Schweiz

Das starke Bevölkerungswachstum zieht Mehrkosten nach sich, was die hiesige Politik immer illiberaler macht. Die Zuwanderung aus der EU sollte zwar frei, aber nicht gratis sein, finden Reiner Eichenberger und Fabian Kuhn

Die Personenfreizügigkeit bringt der Schweiz ein hohes Wachstum der Bevölkerung und des gesamten Bruttoinlandprodukts (BIP), aber kaum mehr BIP pro Kopf. Zugleich bewirkt sie eine Verknappung und Verteuerung von Boden, Wohnraum, Infrastruktur, Umweltgütern sowie Selbstversorgungs- und Entsorgungszielen. Diese Faktoren – wir nennen sie Füllungskosten – und das Bevölkerungswachstum verändern die Anreize und das Verhalten der politischen Entscheidungsträger und lassen die Lebensqualität in der Schweiz hin zum EU-Niveau sinken.

Bei Zuwanderung wächst das Steueraufkommen sofort. Die grossen Kosten für den Staat kommen hingegen erst später beim Infrastrukturausbau. Bis dahin profitieren Regierungen und Parlamente vom Bevölkerungswachstum: Dank ihm haben sie mehr Geld zur Verfügung, das sie grosszügig zugunsten ihrer eigenen Ziele und Klientel ausgeben – am liebsten gleich gesetzlich gebunden. Wenn die Projekte zur Bewältigung des Bevölkerungswachstums nach Jahren reif zur Umsetzung sind, sind die Zusatzeinnahmen längst ausgegeben und müssen die Steuern erhöht werden. Zugleich lähmt das Bevölkerungswachstum das Interesse von Regierungen und Parlamenten an kluger

Politik, weil es ihnen auf bequeme Weise weit mehr Geld in die Kasse spült, als es hart erarbeitete Reformen tun könnten.

Die Bürgerlichen klagen, dass die Zahl der Staatsangestellten stark wachse, ihre Löhne besonders hoch seien und trotzdem noch weiter stiegen. Dagegen argumentieren Linke, das sei nötig. Wer hat recht? Beide! Mit dem starken Bevölkerungswachstum muss auch die Zahl der Staatsangestellten wenigstens proportional anwachsen, angesichts der Füllungskosten sogar überproportional. Staatsangestellte sind zumeist Schweizer – wegen rechtlicher Vorgaben und weil viele öffentliche Funktionen lokale Sprach-, Rechts- und Institutionenkenntnisse bedingen. Mit dem Wachstum von Bevölkerung und Ausländeranteil muss also ein schnell wachsender Anteil der Schweizer zu Staatsangestellten werden und grossenteils nach Bern gelockt werden. So wird es immer schwieriger, geeignete Personen zu rekrutieren. Folglich müssen sie höher bezahlt werden, was insbesondere die Bundesangestellten zu Profiteuren der Zuwanderung macht. Mit dem steigenden Anteil an Staatsangestellten unter den Schweizern fehlen diese aber zunehmend in anderen Branchen, was dann noch mehr Fachkräftemangel und Zuwanderung nachzieht.

Die Steigerung von Wohlstand und Lebensqualität bedingt flexible Märkte sowie Investitionen. Die Personenfreizügigkeit bringt nicht nur Wohlstand, sondern auch Zuwanderungsdruck und Füllungskosten, was die Gewinne aus guter Politik weitgehend kompensiert. Wenn die Bürger die Früchte guter Politik sowie ihre komfortable Wohn- und Arbeitssituation durch Zuwanderung bedroht sehen und sich dagegen nicht mehr direkt durch Zuwanderungsbarrieren schützen können, suchen sie indirekte Schutzmechanismen. Sie diskriminieren dann alle «Outsider», die in den Markt eintreten möchten, also entweder die Zuwanderer plus die eigenen Jungen oder alle nicht lokal Ansässigen. So wird etwa der Mietmarkt zuneh-

mend behindert, durch Mietzinsregulierungen und Erschwerung von Kündigungen, und immer mehr Gemeinden subventionieren Wohnungen, die ihren langjährigen Einwohnern vorbehalten sind. Ähnliches geschieht auf dem Arbeitsmarkt, etwa in Form von Mindestlöhnen oder flankierenden Massnahmen.

Dies untergräbt die Anreize, in Wohnraum und Arbeitsplätze zu investieren, und auf der Strecke bleiben die Jungen, die eine Arbeit und eine Wohnung suchen. Schliesslich lohnt es sich für die Bürger, statt zu investieren zu desinvestieren, also die Schuldenbremse zu schwächen sowie die Steuern und Abgaben für alle (auch die Zuwanderer) zu erhöhen und die Mittel über Subventionen – etwa in Form der 13. AHV-Rente – an Schweizer zu lenken. So wird die Personenfreizügigkeit zum Motor eines illiberalen Umbaus der Schweiz.

Was hilft? Die Zuwanderung aus der EU sollte frei, aber nicht gratis sein. Als Preis geeignet wäre eine Aufenthaltsabgabe nach dem Modell einer Kurtaxe von 12 bis 25 Franken täglich während drei bis fünf Jahren. Damit würden eher jene zuwandern, die der Schweiz viel geben und denen sie viel gibt. Zudem würden die angeführten Fehlanreize aller relevanten politischen Handlungsträger wenigstens teilweise korrigiert. Auch mit der Aufenthaltsabgabe wäre die Steuerbelastung für Zuwanderer noch tiefer als in der EU. Aber ein Teil ihrer grossen Wandernungsgewinne flosse an die bisherigen Einwohner, was diesen wieder wirksame Anreize gäbe, für gute Politik und die bestmögliche Behandlung der Zuwanderer einzustehen.

REINER EICHENBERGER ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts). FABIAN KUHN ist Diplomassistent am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz).

LESERBRIEFE

Nicht ansatzweise vergleichbar

«Wollen wir wirklich werden wie Japan?», «NZZ am Sonntag» vom 10. Mai Die Darstellung auf den Seiten 2 und 3 finde ich sehr polemisch und einer NZZ nicht würdig. Der Artikel ist zwar gut recherchiert und spannend zum Lesen. Aber es wird nirgends erklärt, wieso der polemische Titel und die Seitenüberschrift «10-Millionen-Initiative» einen Zusammenhang mit dem Artikel haben sollen. Die Initiative verlangt ja eben gerade keine Schrumpfung und beschränkt auch den Ausländeranteil nicht. Für jedes Kind, das weniger geboren wird in der Schweiz, sowie für jeden Auswanderer darf jemand einwandern. Das ist nicht einmal ansatzweise vergleichbar mit den Verhältnissen in Japan. Daniel Béguelin, Langnau (ZH)

Es ist verdienstvoll, das japanische Beispiel mitten in der erhitzten Debatte über eine Bevölkerungsbegrenzung in der Schweiz sachlich darzustellen. Was dort passiert, träfe mittelfristig für die Schweiz ein, wenn die Zuwanderung ausfiele. Das beschworene «ewige Bevölkerungswachstum», unter dem die Schweiz laut den Befürwortern der Initiative zu leiden hat, gibt es nämlich gar nicht. Ohne Zuwanderung begänne die schweizerische Bevölkerung bereits abzunehmen. Rolf Jeker, Zug

Der Fall des japanischen Ortes Ito ist nicht vergleichbar mit allfälligen Folgen der Nachhaltigkeitsinitiative. Die Befürworter beabsichtigen keineswegs, Ausländer auszugrenzen, sondern wollen die Einwanderung sinnvoll steuern. Vor 2050 soll die Schweizer Bevölkerung unter 10 Millionen Menschen bleiben. Bundesrat und Parlament werden angehalten, Massnahmen insbesondere im Asylbereich zu ergreifen, was bestimmt im Sinne der Schweizer Bürger ist. Erst nach Überschreitung der 10 Millionen Einwohner wären zusätzliche Konsequenzen in den Bilateralen in einer Zeitspanne von zwei Jahren umzusetzen. Kurt Gessner, Böckten (BL)

Klare Mehrheit?

«Das Ständemehr ist die richtige Lösung für die Schweiz» Man kann es auch anders sehen. Man stelle sich vor, die grossen Kantone stimmen klar für das Vertragswerk, es scheitert aber, weil zu viele kleine Kantone Nein sagen. Eine klare Minderheit würde eine klare Mehrheit überstimmen. Und das bei einer Vorlage, bei welcher die Verfassung das Ständemehr gar nicht verlangt. Heinz Gehrig, Menziken (AG)

Treue ist eine grosse Kraft

«Danke fürs Veloflicken» Was kann zum Gelingen einer Partnerschaft beitragen? In dem interessanten, informativen Artikel vermisse ich einen Aspekt: Treue. Treue ist eine grosse Kraft! Treue ist – wie Liebe – eine Entscheidung. Wenn die Liebe einmal schwächelt, kann die Treue neuen Schwung geben. Treue ist kostbar und hilfreich. Dies schreibe ich im Alter von 81 Jahren im 55. Ehejahr. Georg E. Radecke, Winterthur (ZH)

Sie erreichen uns mit Ihren Leserbriefen per E-Mail: leserbrief.sonntag@nzz.ch